

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/226

Bonn, den 28. November 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 1b

Vorentscheidung

129

Der Beschluß der SPD-Bundestagsfraktion zur Regierungsbildung

2 - 2a

Vater der Vertriebenen

103

Zum Tode von Dr. h.c. Wenzel Jaksch

Von Dr. Herbert Hupka

3 - 4

Griechen in der Bundesrepublik

82

Werden griechische Gastarbeiter
von griechischen Behörden bespitzelt ?

5

Mallorca

45

Für achthundert Mark drei Monate Urlaub...

6

Krag regiert weiter

47

Nach den Wahlen in Dänemark

Von Karl Kern, Malmö

+ - +

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach

Büro: Baunscheidtstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 21901/319 • Redaktion 21831/32 • Telex: 8855890

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

Vorentscheidung

Der Beschluß der SPD-Bundestagsfraktion zur Regierungsbildung

sp - Die inzwischen bekanntgewordenen Vorentscheidungen des Parteivorstandes der SPD, des Vorstandes der Bundestagsfraktion und der Fraktion selbst sind das Ergebnis eines über viele Stunden und Tage sich erstreckenden Ringens und einer offenen Aussprache über den künftigen Weg der deutschen Politik.

Für die Lösung der seit Wochen andauernden Regierungskrise standen drei Wege offen:

- * 1. Die SPD bleibt in der Opposition.
- * 2. Die SPD bildet eine Regierung mit der FDP.
- * 3. Die SPD bildet eine Regierung mit der CDU/CSU.

* * *

Weder in den Vorständen, noch in der Fraktion wurde die Lösung Nr. 1 ernsthaft erwogen. Sie wurde zwar von einigen Diskussionsrednern angesprochen, aber nicht einmal zum Antrag erhoben.

Der Grund? Das Verharren der SPD in der Opposition würde weder die Regierungskrise lösen, noch würde sie eines der zur Debatte stehenden innen- und außenpolitischen Probleme der deutschen Politik seiner Lösung auch nur einen Schritt näher bringen. Eine solche Haltung kann und darf sich eine Partei, in die über 40 Prozent der Wähler ihr Vertrauen gesetzt haben, nicht erlauben. Das war die Meinung der überwältigenden Mehrheit der Mitglieder der genannten Gremien.

* * *

Der zweite Weg: Bildung einer Regierung aus SPD und FDP.

Es ist kein Geheimnis, daß im Laufe der Regierungskrise viele namhafte Sozialdemokraten diesen Weg für den richtigen gehalten haben. Jedenfalls wurde ernsthaft versucht, ob er gangbar sein würde. Als unmittelbare Reaktion, das heißt, noch vor den bayerischen Landtagswahlen, wäre er vielleicht noch gegangen worden.

Im Laufe der Gespräche gewann jedoch die Überlegung stärkeres Gewicht, daß es nicht nur darauf ankommt, den Kanzler zu wählen, sondern auch darauf, im Bundestag und nicht zuletzt in den Ausschüssen stabile Mehrheiten zu haben, die nach Lage der Dinge nicht sicher sein können.

Unter diesen und anderen Gesichtspunkten haben viele hervorragende Persönlichkeiten, nicht leichten herzens, einsehen müssen, daß nur der andere Weg eine praktikable Alternative darstellt. Es bleibt jedoch unverändert: Die SPD und die FDP sind sich in den vergangenen Wochen näher gekommen, als sie es je waren. Dies kann ein Faktor für die weitere Entwicklung sein.

* * *

Die von einer starken Zwei-Drittel-Mehrheit der Fraktion schließ-
lich befürwortete Regierungsbildung von CDU/CSU und SPD enthält unter
den gegebenen Verhältnissen, nach Meinung ihrer Befürworter, die Chance,
mit einer stabilen Parlamentsmehrheit jene Probleme der deutschen In-
nen- und Außenpolitik ihrer Lösung näherbringen zu können, an denen
die Regierung Erhard gescheitert ist.

Hierbei ist festzustellen: Die vom Vorstand und der Bundestags-
fraktion zu Gesprächen und Verhandlungen mit den anderen im Bundestag
vertretenen Parteien Beauftragten haben sowohl der CDU/CSU als auch
der FDP gegenüber von Anfang an die von der SPD schon am 8. November
1966 veröffentlichten acht Punkte zur Grundlage aller Erörterungen ge-
macht. Sie haben freimütig erklärt, daß ohne die Anerkennung dieser
acht Punkte und ohne die Übernahme der darin festgelegten Grundsätze
einer besseren deutschen Politik für die Sozialdemokratie keine Veran-
lassung zu der Annahme gegeben sei, daß die Regierungskrise und die
Krise der deutschen Politik überwunden werden könne.

- * D i e s wurde anerkannt. Es wurde also klargestellt, daß ohne die
- * die Sozialdemokratie und ohne ihren konstruktiven Beitrag die Her-
stellungsfähigkeit einer neuen Regierung nach innen und nach außen
- * nicht wiederhergestellt werden kann.

- * In d i e s e m Sinne wurden von den Beauftragten der SPD nach
- * b e i d e n Seiten hin die Gespräche und Verhandlungen geführt;
- * offen und ohne jede Voreingenommenheit!

Willy Brandt hat bereits angekündigt, daß die SPD-Vorschlä-
ge und die hierüber erzielte Übereinstimmung mit den anderen Parteien
veröffentlicht werden. Es kann jedoch jetzt schon gesagt werden:

Die Übereinstimmung in den einzelnen Punkten, die Konkretisierung
der zu ergreifenden Maßnahmen einer neuen Bundesregierung zur Stabili-
sierung von Wirtschaft und Währung, zur Hilfe für die Städte und Ge-
meinden und nicht zuletzt zur Entwicklung einer konstruktiven Deutsch-
land- und Außenpolitik war mit der CDU/CSU detaillierter und in der
Substanz eindeutiger.

Dieser Tatbestand darf und kann nicht außer Acht gelassen werden,
wenn man überhaupt ernsthaft an die Überwindung der gegenwärtigen Krise
und an die Liquidierung jener Erbschaft mit Aussicht auf Erfolg herange-
hen will, die frühere Bundesregierungen unserem Volk hinterlassen haben.

Allen diesen Feststellungen kann man mit der durchaus verständli-
chen Bemerkung begegnen, hier fehle doch die "Alternative", diese sei
nur im Zusammengehen von SPD und FDP gegeben. Optisch mag das sogar zu-
treffen. Hier handelt es sich aber nicht um Optik, sondern um harte
und handfeste Politik. Kein noch so guter Wille und keine noch so schö-
ne Optik ersetzen Zahlen und Tatsachen.

- * Die beste und sauberste Lösung der Krise wäre die Auflösung des
- * Bundestages und Neuwahlen gewesen. Aber weder die CDU/CSU, noch
- * die FDP haben das gewollt. Und die SPD allein kann Neuwahlen nicht
- * erzwingen; hierfür fehlen alle verfassungsmäßigen Voraussetzungen.

Man könnte auch sagen, die SPD sollte trotz der unsicheren Mehrheit von zwei bis drei Stimmen die Führung übernehmen, "es" werde schon gehen, man müsse nur das nötige Selbstvertrauen zu sich haben.

Der SPD mangelt es gewiß nicht an Selbstvertrauen. Sie hätte ohne Selbstvertrauen nicht einen Bismarck und auch nicht einen Hitler überstanden; ganz zu schweigen von jenen ihrer Widersacher, die einmal gesagt haben, die SPD sei "der Untergang Deutschlands" und deren Freunde heute mit der SPD zusammenarbeiten wollen. Was nützt aber der SPD ihr ganzes Selbstvertrauen, wenn ein möglicher Partner zahlenmäßig und von seiner Struktur her keine Gewißheit dafür bieten kann, ob er in der praktischen Parlamentsarbeit durchhält.

* * *

Auch das Argument, ein Partner, der CDU/CSU heißt, sei nicht zuverlässig, soll nicht unbeachtet bleiben. Wenn die CDU/CSU trotz getroffener Vereinbarungen und trotz einer zahlenmäßig soliden Parlamentsmehrheit nicht bereit sein sollte, die von ihr selbst zur Handlungsunfähigkeit verurteilte Bundesrepublik wieder flott machen zu helfen, dann ist die Sozialdemokratie in der Lage, unserem Volk und der Welt klarzumachen, wer die Verantwortlichen für die dann entstehende Situation sind.

Die SPD ist weder ein Mini- noch ein Juniorpartner. Sie ist das solideste Element der deutschen Demokratie, ohne das unser demokratischer Staat nicht existieren kann. Die CDU/CSU weiß das, sonst hätte sie nicht die Vorschläge der Sozialdemokratie als Grundlage der Verhandlungen über die Beendigung der Regierungskrise akzeptiert.

* * *

Wenige Tage nach der Ausschaltung der SPD bei der Regierungsbildung in Nordrhein-Westfalen, wo die Sozialdemokratie als die weitaus stärkste Partei aus den Wahlen hervorgegangen war, sagte Willy Brandt, die Akteure in Düsseldorf würden bald einsehen, daß man ohne die SPD in Deutschland keine konstruktive Politik machen kann. Brandts Voraussage ist schneller zur Wahrheit geworden, als er selbst vielleicht annehmen konnte.

Was in diesen Tagen in Deutschland geschieht, ist mehr als ein Regierungswechsel. Es ist der Versuch, die Bundesrepublik Deutschland wieder in Ordnung zu bringen: eine Aufgabe, die ohne die Sozialdemokratie nicht zu lösen ist.

* * *

Dies ist der Sinn der Vorentscheidung, die nach einer zehnstündigen Diskussion in der Nacht von Samstag auf Sonntag von der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion mit einer starken Zwei-Drittel-Mehrheit gefaßt wurde. Die Fraktion geht bei ihrem zustimmenden Beschluß zur Bildung einer von der CDU/CSU und SPD gemeinsam getragenen Regierung davon aus, daß ihr am Dienstag dieser Woche über die beabsichtigte organisatorische und personelle Struktur der neuen Regierung berichtet werden wird. Die Billigung dieser Absichten ist eine notwendige Voraussetzung für die Wahl des Bundeskanzlers.

* * *

Water der Vertriebenen

Zum Tode von Dr. h.c. Wenzel Jaksch

Von Dr. Herbert Hupka

Am 25. September, dem letzten Septembersonntag dieses Jahres, konnte der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Wenzel Jaksch, seinen 70. Geburtstag in Wiesbaden festlich begehen. Willy Brandt führte in einer persönlich überbrachten Grußadresse aus diesem Anlaß aus: "Wir wollen uns miteinander um das bemühen, als was ich den siebzighjährigen und doch so agilen und mobilen Wenzel Jaksch sehe: Die Verbindung von Patriotismus und Europäertum, von kämpferischem Humanismus und sozialer Demokratie." Am 27. November, dem ersten Advent, ist Jaksch wenige Stunden nach einem Verkehrsunfall in Wiesbaden gestorben, die Worte des Glückwunsches wurden zum Nachruf.

"Seit der Vertreibung und dem Verlust der Heimat hat mich nichts so getroffen und erschüttert wie diese Nachricht, daß Wenzel tot ist", so lautete die erste Reaktion eines Mitarbeiters und Mitstreiters von Jaksch. Diese Worte sind mit Bedacht gesetzt, Mitarbeiter und Mitstreiter, denn Jaksch verlangte nicht nur von sich sondern von jedem, der zu seinen Freunden und Mithelfern zählte, den ganzen Menschen und den vollen Einsatz. Und er riß jeden, den er durch seine ebenso geschmeidige und charmante wie bestimmende und prinzipientreue Art gewonnen hatte, mit zu gemeinsamen Tun, machte aus ihm einen Mitstreiter. Sein Leben stand bis zu den letzten Stunden unter dem Zeichen des Kampfes, des Kampfes für die Freiheit und das Recht, die soziale Gerechtigkeit und ein werdendes Europa, zu dem auch und gerade Osteuropa mitgehört. Seine "Gedanken zur Ostpolitik", die soeben als Broschüre erschienen sind und nun zu seinem Vermächtnis wurden, klingen in dem Satz aus: "Mit evolutionären Perspektiven und gesamteuropäischen Zielsetzungen sollte die deutsche Sozialdemokratie zu einem Dialog mit den vorwärtsstrebenden Kräften jenseits des Eisernen Vorhangs antreten".

Sein Taufname Wenzel, den er mit Stolz trug, war von seiner Eltern vielleicht gar nicht so symbolhaft gemeint wie er später ihn und seinen Freunden erscheinen mußte. Die Stunde der Bewährung schlug für den jungen Maurer und Heimkehrer aus dem Ersten Weltkrieg, der in Wien mit 17 Jahren Mitglied der Sozialdemokratischen Partei geworden war, als plötzlich zwischen seiner Heimat im Böhmerwald und der österreichischen Hauptstadt eine neue Grenze gezogen wurde. Als Parteifunktionär der sudetendeutschen Sozialdemokratie, als Schüler von Josef Seliger, als Journalist und von 1929 bis 1938 als Abgeordneter des Prager Parlaments rang er unermüdlich und tapfer um die Gleichberechtigung seiner sudetendeutschen Landsleute im neuen tschechoslowakischen Staat. Bitter hat sich Jaksch in einem Rückblick auf seine Tätigkeit als Prager Abgeordneter über den "tschechischen Staatsnationalismus" beschwert, und daran erinnert daß er 1936 zusammen mit den beiden sogenannten Jungaktivisten Schütz und Haecker "noch einmal die Anerkennung der Sudetendeutschen als 'zweites Staatsvolk' gefordert hat".

Seit dem Herbst 1938 siegte jedoch nicht das demokratische Recht, sondern die Diktatur. Der Kampf, dem 20 Jahre seines Lebens gehört hatten, endete mit dem Triumph Hitlers und Henleins, endete mit der Niederlage der sudetendeutschen Sozialdemokratie, deren Vorsitzender er in schwerster Stunde im März 1938 geworden war, endete mit seiner Flucht aus der Heimat und der Emigration. Seit dem Herbst 1938 hat Wenzel Jaksch seine Heimat im Böhmerwald nicht mehr wiedergesehen, aber er hat alle Nachrichten, die ihm Besucher bis in die jüngste Zeit überbrachten, in sich eingesogen, wie ein verlorener und verstoßener Sohn, der wieder von Vater und Mutter hört. Und schwer fiel es ihm, Tränen zu unterdrücken. Als Hitler in Prag einmarschierte, floh er über Polen und Schweden nach England. Als nach dem Zweiten Weltkrieg die zweite tschechoslowakische Republik gegründet wurde und Millionen Sudetendeutscher ihre Heimat gewaltsam verlassen mußten, wurde aus dem Emigranten zum zweiten Mal ein Heimatvertriebener.

Als die ersten Nachrichten von den Plänen Eduard Benesch's in London bekannt wurden, ließ Jaksch nichts unversucht, zu warnen und abzuwenden, doch vergebens. Als er einsah, daß das neue Unheil von ihm nicht weniger hart angeklagt und verworfen wie das Treiben Hitlers und der Nationalsozialisten, seinen Lauf nahm, ging er mit der ihm eigenen Energie und Leidenschaft ans Werk, den Schicksalsgefährten zu helfen, sowohl sozial als auch politisch.

Wiesbaden und die hessische Landesregierung waren die ersten Stationen nach der Emigration. Dann wurde er 1953 Mitglied des Deutschen Bundestages. Es waren zuerst die sudetendeutschen Sozialdemokraten, die sich um ihn sowie Richard Reitzner und Ernst Paul scharten. Aber auch seine Landsleute, die eingesehen hatten, daß sie ein von Hitler in betrügerischer Absicht ausgenutztes Objekt einer verbrecherischen Politik gewesen waren, kamen zu ihm, schauten zu ihm auf, bauten auf ihn, sahen in ihm den Mann, der für das Recht und die Freiheit wirken und auch kämpfen werde. Seitdem der Bund der Vertriebenen 1958 in Berlin gegründet worden war, gehörte er dem Präsidium zuerst als Vizepräsident und seit 1964 als dessen Präsident an.

Wenn Jaksch der Vater der Vertriebenen genannt worden ist, dann aus doppeltem Grund, einmal weil die Vertriebenen sich bei ihm geborgen fühlten, zum anderen weil er über den Tag hinaus weiter dachte. Er konnte gegen seine Gegner Blitze schleudern, aber er wußte auch still an neuen Projekten zu arbeiten und Wege in die Zukunft zu weisen. Es sei hier nur an die Ausarbeitung des nach ihm benannten Jakschberichtes vom 14. Juni 1961 über die Beziehungen der Bundesrepublik zu den Staaten und Völkern Osteuropas erinnert, heute aktueller denn je, und an seine Studie "Westeuropa - Osteuropa - Sowjetunion", in der er das Konzept eines westeuropäischen "Marshall-Planes" für Osteuropa entwickelte.

"Dies alles ist er, Patriot und Europäer, kämpferischer Humanist und sozialer Demokrat. Er kann seinen Freunden, seinen Landsleuten und dem trotz allem wachsenden Europa noch viel geben", so schloß der Geburtstagsartikel von Willy Brandt für den Siebzigjährigen. Nun gilt es sein Vermächtnis zu wahren, seiner menschlichen und politischen Größe eingedenk zu bleiben, sein Wirken zur Überwindung des Nationalismus und für einen gerechten Frieden ebenso tatkräftig wie leidenschaftlich fortzusetzen.

Griechen in der Bundesrepublik

Werden griechische Gastarbeiter
von griechischen Behörden bespitzelt ?

G.M. - Vor kurzem hat der Präsident der Liga für Menschenrechte in Griechenland, Rechtsanwalt S o m e r i t i s, anlässlich einer Zusammenkunft seiner Landsleute in Köln darauf hingewiesen, daß in der Bundesrepublik einige griechische Konsulatstellen versuchen, griechische Gastarbeiter bei deutschen Behörden in Mißkredit zu bringen. In den meisten Fällen handelt es sich hierbei um griechische Gastarbeiter, die schon seit längerer Zeit Mitglieder einer dem DGB angeschlossenen Industriegewerkschaft sind und sich in ihren Organisationen besten Ansehens erfreuen.

So hat zum Beispiel das Königlich-Griechische Generalkonsulat in Düsseldorf am 26. August 1966 an die Kreisverwaltung Rhein/Wupper in Opladen nachstehenden Brief gerichtet:

- * "Sehr geehrte Herren !
- * Auf Anweisung der Kgl. Griechischen Botschaft in Bonn bitten wir Sie, den Paß von Herrn (Name der Redaktion bekannt) - den wir ab sofort ungültig erklären - einzuziehen, und uns zurückzuschicken.
- * Herr... hält sich nunmehr ohne gültigen Paß in der Bundesrepublik auf.
- * Bitte schicken Sie uns auch 2 Lichtbilder von Herrn... die wir benötigen, um ein provisorisches Reisedokument - nur gültig für die Rückreise nach Griechenland - auszustellen.
- * Wir danken Ihnen im voraus für Ihre Bemühungen und zeichnen mit vorzüglicher Hochachtung
- * L.A. Evangelidia
- * Kgl. Griechischer Konsul"

Da es sich bei dem Griechen um ein Mitglied des DGB handelt, wandte sich dieser an seine Organisation um Hilfe. Entsprechende Nachforschungen ergaben, daß der griechische Gastarbeiter von irgend jemandem bei einer Stelle der griechischen Botschaft als "politisch verdächtig" denunziert worden war.

Der Begriff "politisch verdächtig" scheint beim griechischen Generalkonsulat und möglicherweise auch bei der griechischen Botschaft in Bonn sehr eigenartig ausgelegt zu werden. Der hier zitierte griechische Gastarbeiter macht aus seinen Sympathien für die demokratische Staatsform kein Hehl; er gilt als Gegner jeder Art von Diktatur und hat weder Beziehungen zu Kommunisten noch zu anderen radikalen Elementen. Im Gegenteil, von seinen Kollegen wird er als unbedingt demokratisch zuverlässig bezeichnet.

Aus einem uns vorliegenden Bericht geht hervor, daß seit einigen

Zeit mehrere griechische Gewerkschaftskollegen und griechische Studenten von den Konsulaten ihres Heimatlandes mit dem Entzug ihres Passes bedroht werden, sobald gegen sie eine Denunziation vorliegt.

Aber nicht nur das. Gelegentlich wird auch von Griechen, die die Bundesrepublik in offizieller Mission bereisen, versucht, Einfluß auf demokratische Aktivitäten, zum Beispiel Gewerkschaftsmitgliedschaft, von griechischen Gastarbeitern Einfluß zu nehmen. So erschienen z.B. Mitte September dieses Jahres drei griechische Abgeordnete in einem DGB-Kreisbüro in Nordrhein-Westfalen und erklärten in einem Gespräch mit dem dortigen Kreissekretär des DGB, sie betrachteten gewisse Artikel in einer vom DGB-Bundesvorstand für griechische Gastarbeiter herausgegebenen Zeitung als

- * "Einmischung in die politischen Verhältnisse Griechenlands.
- * Wenn dies nicht aufhöre, sähe man sich gezwungen, die griechischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik aufzufordern,
- * aus dem DGB und seinen Gewerkschaften auszutreten!"

Ein Dorn im Auge scheint auch der gegenwärtigen griechischen Regierung die redaktionelle Bearbeitung der Rundfunksendungen für griechische Gastarbeiter in der Bundesrepublik zu sein. Vor einiger Zeit besuchte der gegenwärtige griechische Informationsminister die Bundesrepublik und wollte bei zwei Rundfunkanstalten allen Ernstes erreichen, daß man dort einen schon seit vielen Jahren in der Bundesrepublik tätigen angesehenen griechischen Journalisten von der Mitarbeit ausschließt.

Selbstverständlich wurde dieses Ansinnen abgelehnt. Auch die Gewerkschaften haben inzwischen Schritte unternommen, um die griechischen Konsulate in der Bundesrepublik darüber zu belehren, daß deren Einmischung in innerdeutsche Verhältnisse und besonders in die organisatorischen Belange des Deutschen Gewerkschaftsbundes offenbar von der naiven Voraussetzung ausgeht, der DGB könne in seinen Reihen nicht selbst für klare demokratische Verhältnisse sorgen.

Darüber hinaus hat der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, Hermann Schmidt-Vockenhausen, einen Brief an Bundesinnenminister Lücke gerichtet und um Aufklärung der hier geschilderten Vorgänge gebeten. Das Schreiben Schmidt-Vockenhausens schließt mit der Bemerkung: "Mit der griechischen Botschaft sollte eventuell einmal darüber gesprochen werden, um zu vermeiden, daß durch eine öffentliche Diskussion (über diese Vorfälle) das griechisch-deutsche Verhältnis belastet wird".

Mallorca

Für achthundert Mark drei Monate Urlaub...

H-31 - Fast täglich landen trotz des herbstlichen Wetters auf dem Flugplatz von Palma de Mallorca Sonderflugzeuge, aus denen ganze Scharen deutscher Touristen quellen... es sind nicht die Sonnenhungrigen, die der Insel Mallorca den Spitznamen "Teutonengrill" gegeben haben, sondern gerade die Alten und Rentner, die "für 800 DM bei Hin- und Rückflug drei Monate lang dem deutschen Winter entfliehen" und bei guter Verpflegung die herbstliche Sonne genießen!

Augenblicklich sind 600 deutsche Rentner auf Mallorca - jeden Tag werden es mehr. Ein deutsches Großversandhaus, das den herkömmlichen Reise-Unternehmen den Rang und das Geschäft streitig macht, hat mit diesen Schlager zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: die Transport- und Hotelkapazitäten werden ausgenutzt und Spaniens Hoteliere brauchen den Winter über nicht zu schließen. Fremdenverkehr, Fremdenverkehr und nochmals Fremdenverkehr - das ist die Devise, die sich die Spanier etwas kosten lassen, denn sie bringt ihnen Devisen ... und ein Wirtschaftswunder. Wenn in Stuttgart die spanische Werbeausstellung "Expotur 1966" ihre Pforten schließt, läuft das "Altenprogramm Mallorca" schon auf vollen Touren - und die ersten Wintersportler aus Deutschland werden in den Pyrenäen erwartet.

Mehr als 15 Millionen Ausländer haben in den ersten neun Monaten dieses Jahres ihre Ferien in Spanien verbracht. Bis Jahresende hofft Madrid auf die stolze und bisher noch nie erreichte Fremdenzahl von 17 Millionen. In den ersten acht Monaten 1966 nahm Spanien aus dem Fremdenverkehr fast 800 Millionen Dollar ein - 14,5 Prozent mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Auch die Zahl der Touristen war im August um 31,7 Prozent im Vergleich zur selben Zeit des Vorjahres angestiegen. Das größte spanische Wunder; der Preisanstieg wurde gebremst. Von August bis September fiel der LebenshaltungsindeX erstmals wieder seit langer Zeit, wenn auch nur um 0,31 Prozent. Die Ein- und Ausfuhr nahm um 24 bzw. 38 Prozent zu, die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr kurbelten auch die Industrie und die Modernisierung der Landwirtschaft stark an.

Wenn häufig die Frage gestellt wird, wem eigentlich das spanische Wirtschaftswunder zu verdanken sei, hört man oft die Antwort: "Dem unbekanntem Touristen aus Deutschland oder aus Frankreich." Wie es aussieht, werden die Franzosen mit mehr als sechs Millionen Spanien-Touristen wieder an der Spitze der Fremdenverkehrs-Statistik stehen, dicht gefolgt von Deutschen und Briten.

Der Winter-Boom auf Mallorca hat zahlreiche deutsche Journalisten angelockt, die mit eigenen Augen sehen wollten, "ob das mit den 800 DM für drei Monate auch wirklich stimmt". Und es stimmt auch wirklich! Dabei beginnen die deutschen Rentner, den Spuren ihrer britischen und skandinavischen Altersgenossen zu folgen, die seit Jahren die spanischen Fremdenverkehrsorte den Winter über bevölkern.

Krag regiert weiter

Nach den Wahlen in Dänemark

Von Karl Kern, Malmö

Die sozialdemokratische Minderheitsregierung unter der Leitung von Jens Otto Krag hatte am 4. 11. überraschend Neuwahlen für das dänische Folketing ausschreiben lassen. Trotz aller Bemühungen war es unmöglich geworden, eine schon lange fällig gewesene Steuerreform durchzubringen. Der Widerstand der Parteien rechts von der Sozialdemokratie hatte und hätte weiterhin zu einer Verschleppung der Vorlage geführt, deren Dringlichkeit jedoch außer Zweifel stand. Nach dem Willen der Opposition sollten die Verhandlungen über die Steuervorlage bis zum kommenden Frühjahr verzögert werden. Die für das Frühjahr zu erwartenden Lohnverhandlungen hätten, so meinte man, die Aussichten für die Sozialdemokraten verschlechtert, so daß, so meinten die konservativen Parteien, eine "Noregen-Wahl" mit anschließender Einsetzung einer Rechtsregierung möglich geworden wäre. Bei diesen Erwartungen nahm man kaum Rücksicht auf die Tatsache, daß die Opposition innerlich zerrissen war. Sie ist es noch immer. Nur in einem Punkte waren sich die Oppositionsparteien einig: die sozialdemokratische Regierung muß von einer bürgerlichen ersetzt werden.

Krag packte den Stier bei den Hörnern - aber es kam anders, als er erwartet hatte. Es kam auch anders, als die konservativen Parteien gehofft hatten. Als einziger Sieger ist die Sozialistische Volkspartei anzusehen, die Aksel Larsen vor acht Jahren nach seinem Abfall von Moskau gebildet hatte. Larsens Partei verdoppelte die Anzahl der Stimmen und Mandate und wurde vom "Zünglein an der Waage" mit ihren nunmehr zwanzig Folketingsitzen zu einer ausschlaggebenden Partei. Da die konservativen Parteien mit ihren 86 Sitzen in die Minderheit gedrängt und außerdem unter sich völlig zerworfen sind, ist eine "Bürgerregierung" in Dänemark in weite Fernen gerückt, ohne daß man sagen kann, die Arbeit einer neuen Regierung sei leichter geworden.

Im bürgerlichen Lager sind die Verluste der Konservativen am größten: die eigentliche Konservative Partei hat zwei Sitze verloren, die ultrakonservative Gruppe mit ihren bisher fünf Sitzen verschwand von der Bildfläche. Eine Splittergruppe der Venstre (Bauernpartei) hat zu ihren zwei Sitzen zwei hinzugewonnen, die Radikale Venstre vermehrte die Zahl der Sitze von zehn auf dreizehn, die Radikalen verloren einen Sitz und behielten 35 Sitze. - Den 86 Sitzen der Bürgerparteien stehen 69 der Sozialdemokraten und 20 der Sozialistischen Volkspartei gegenüber. - Das Schlußbild kann sich noch verändern durch die Abstimmung auf Grönland und den Färöern; es kommen je zwei Sitze in Frage, von denen mindestens zwei sozialdemokratisch sein werden.

Krag wird nichts anderes übrigbleiben, als weiterzuregieren. Er vertritt noch immer die stärkste Partei. Sofern nicht eine der bürgerlichen Parteien (hier kommen vor allem die Radikalen in Frage) mit den Sozialdemokraten eine Koalition bilden will, wird es bei der sozialdemokratischen Minderheitsregierung bleiben, die sich in innerpolitischen und sozialen Fragen auf die Volkspartei stützen kann, ohne daß die Sozialdemokraten jedoch auf weitere Bedingungen eingehen werden, die die Volkspartei etwa stellt. Außenpolitisch müßte sich eine solche Minderheitsregierung allerdings auf bürgerliche Gruppierungen stützen.